



Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Ausschuss Soziales und Senioren	04.03.2010	

Anlass:

Mitteilung der Verwaltung

Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung

Stellungnahme zu einem Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung

Anfrage der FDP-Fraktion gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates AN/0404/2010

Ausgleichsabgabe 2007

Im Jahr 2007 musste nach Angaben des Landschaftsverbandes Rheinland die Stadt Köln über 500.000 € an Mitteln aus der Ausgleichsabgabe für die örtlichen Fürsorgestellen an den Landschaftsverband zurückzahlen.

Was waren die Gründe für diese hohe Rückzahlung?

Die Verwaltung nimmt wie folgt Stellung:

Für das Jahr 2007 wurde der Fürsorgestelle für schwerbehinderte Menschen (jetzt: Fachstelle für schwerbehinderte Menschen im Arbeitsleben) vom Landschaftsverband Rheinland 1.229.318,00 € aus Mitteln der Ausgleichsabgabe gemäß einem fachspezifischen Verteiler des Landschaftsverbandes Rheinland überwiesen. Aus dem Jahr 2006 standen noch gebundene Mittel in Höhe von 840.786,94 €, die bewilligt, aber von den Firmen noch nicht abgerufen wurden, zur Verfügung. Durch Darlehenstilgungen aus bewilligten Existenzgründerdarlehen wurden 17.656,61 € an die Fachstelle zurückgezahlt. Soweit stand 2007 2.087.761,55 € zur Auszahlung zur Verfügung.

Die tatsächlichen Ausgaben im Jahr 2007 beliefen sich auf 855.836,35 € zuzüglich durch schriftliche Bewilligungen gebundene Mittel in Höhe von 686.208,72 €. Dies bedeutet, 1.542.095,07 € wurden in 2007 ausgezahlt bzw. bewilligt. Die nicht verausgabten Mittel in Höhe von 545.666,48 € wurde an den Landschaftsverband erstattet.

Als Konsequenz auf diesen relativ hohen Rückfluss wurden von der Verwaltung folgende Maßnahmen eingeleitet, um zukünftig den jährlichen Mittelabfluss deutlich zu steigern:

1. In 2008 wurden die Firmen aufgefordert, ab dem Jahr 2009 die gebundenen Mittel schneller abzufordern.
2. Gleichzeitig begannen die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Fachstelle für schwerbehinderte Menschen 2008 mit Betriebsbesuchen, um den Firmen die finanziellen Möglichkeiten der Fachstelle vorzustellen. Dies hatte zur Folge, dass die bisherige Anzahl von Anträgen von knapp 600 in 2007 auf 800 im Jahr 2009 stieg und erstmals Mittel der Ausgleichsabgabe vom Landschaftsverband nachgefordert werden mussten, da die zugewiesenen Mittel nicht ausreichten.

Dieser Trend setzt sich im Jahr 2010 fort.

gez. Biedehorst